

# Zeichen der Zeit : Irritationen um ein Feindbild

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **81 (1987)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ne zu Märtyrern zu stilisieren. Aber dann denke ich wieder, so zufällig ist ja so einer wie Maurice auch nicht gestorben, denn er war ja nicht so zufällig gerade in Somotillo, und in solch einem Fall von Zufall zu reden, heisst vielleicht, einfach unbetieilt bleiben zu wollen. Vermutlich ist es der Glaube, der den Leuten in Somotillo hilft, weder dem Zynismus noch der Resignation zu verfallen und ihren Schmerz in Hoffnung zu verwandeln. Und der Glaube sieht eben im gewaltsa-

men Tod von Maurice keine vermeidbare Sinnlosigkeit, sondern ein freiwilliges Opfer und weiss den Ermordeten gegenwärtig und lebendig in der Gemeinschaft der Gläubigen. Nur die Betroffenen bekennen die Auferstehung – und aus dieser Sicht bereitet sie auch keine theologischen oder intellektuellen Schwierigkeiten, sondern ist eine Protestaussage aus einer Position der Stärke in aller Ohnmacht.

---

*Willy Spieler*

## **Zeichen der Zeit**

### **Irritationen um ein Feindbild**

#### **Wenn nicht sein kann, was nicht sein darf**

Als der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto anlässlich eines Pressegesprächs in Zürich gefragt wurde, was er vom Totalitarismusvorwurf gegenüber den sozialistischen Staaten halte, war seine Antwort: «Es gibt für mich nur ein Beurteilungskriterium der politischen Lage: Gibt es mehr oder gibt es weniger Leben? So bin ich, nachdem ich neben Kuba auch einige sozialistische Länder Osteuropas kennenlernen konnte, zur Überzeugung gelangt, dass sich das Projekt des Lebens durch diese Staatsform eher verwirklichen lässt als durch die sogenannten christlichen Länder Lateinamerikas» («Vorwärts», 30. April). Darauf meinte ein Redaktor der NZZ, für ihn «höre des Berichterstatters Höflichkeit auf», wenn Frei Betto davon rede, «dass Gottes Wirken im Ostblock und in Kuba mächtiger sei als in den ‚sogenannten‘ christlichen Gesellschaften». Denn: «Solche Weltsicht ist nicht nur dumm, sie ist (auch für die, die sie predigen) gefährlich» (16. April). Wer jedoch wie Frei Betto in einem Land lebt, in dem täglich tausend Säuglinge den Hungertod ster-

ben, der sieht das «Projekt des Lebens» nicht durch den real existierenden Sozialismus gefährdet, sondern durch den real existierenden Kapitalismus, auch wenn dieser sich ein christliches Etikett zulegt. Befreit Gott sein Volk nur durch Menschen, die ihn kennen? Weist nicht schon die Befreiung Israels durch den (heidnischen) Perserkönig Kyrus (Jes. 45) in eine ganz andere Richtung?

Die bitterböse Bemerkung des NZZ-Berichterstatters über Frei Betto ist im grösseren Rahmen eines verbissenen Kampfes um das geliebte Feindbild «Sowjetunion» und «Ostblock» zu sehen. Noch gehe es um einen «gigantischen Kampf» zwischen dem «kommunistischen Totalitarismus» und dem «freien Westen», sagte neulich ein anderer Redaktor dieses Blattes, Kurt Müller, als Präsident der «Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung» (TA, 3. September 1986). Geradezu empört zeigt sich die NZZ über die «Sympathien breiter Kreise des Publikums in Europa» gegenüber dem «Sowjetreich unter Gorbatschow», «besonders wenn sich im Unterton der Zuneigung für den Generalsekretär Ungeduld und Vorbehalte gegen die Amerikaner

melden» (25./26. April). Natürlich steht unser Weltblatt mit solchem Geschütz aus der Mottenkiste des Kalten Krieges nicht allein. Wir erinnern uns, dass auch der westdeutsche Bundeskanzler den real existierenden Sozialismus um so mehr beschimpft, je mehr dieser sich liberalisiert: vom Goebbels-Vergleich für Gorbatschow bis zur angeblichen Existenz von «Konzentrationslagern» in der DDR.

Die Irritation, die sich in derartigen Beschimpfungen äussert, ist verständlich. Denn jede positive Entwicklung in den Oststaaten gefährdet das antikomunistische Feindbild, das seit dem Kalten Krieg gepflegt und nicht nur gegen den «Kommunismus», sondern auch gegen die innenpolitischen Gegner, Sozialisten wie Pazifisten, mobilisiert wurde. Wer nicht für das bestehende Gesellschaftssystem eintrat, der betrieb die Geschäfte des «Totalitarismus». Die Rechnung ging auf, weil vor allem die Sowjetunion wenig dazu beitrug, dieses Feindbild Lügen zu strafen: vom Stalinismus bis zur Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956 und zur Invasion in die CSSR 1968. Obschon Kapitalismus und Demokratie letztlich unvereinbar sind, Demokratie nur in Sozialismus sich vollenden, Kapitalismus immer wieder in Faschismus regredieren kann, liess sich mit scheinbarer Plausibilität das Gegenteil behaupten: unvereinbar seien nicht Kapitalismus und Demokratie, sondern Demokratie und Sozialismus. Darum konnte der Systemveränderer als Gefahr für die Demokratie hingestellt werden – von jenen, die ihrerseits die Demokratie nur solange respektieren, als sie ihnen nützt.

Der Antikommunismus ahnt, was auf ihn zukommt, wenn das geliebte Feindbild zerbröselt. Darum kann nicht sein, was nicht sein darf: die Emanzipation des Sozialismus von seinen real existierenden Systemmängeln zu einer attraktiven Alternative gegenüber der bürgerlichen Demokratie, verbunden mit der «Denu-

klearisierung» Europas und schliesslich der ganzen Welt.

### **Perestroika und Glasnost**

Die Sozialisierung der Produktionsmittel ist eine zwar notwendige, aber keine hinreichende Bedingung des Sozialismus. Erst wenn die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel nicht nur sozialisiert, sondern auch demokratisiert, das heisst den arbeitenden und betroffenen Menschen übertragen wird, entsteht ein authentischer Sozialismus. Erst dann wird auch die staatliche Demokratie nicht mehr ökonomisch manipulierbar, erst dann werden auch die Menschenrechte endlich so real, da durch ökonomische Freiheit realisierbar, wie es unter der Herrschaft des privaten Kapitals über die Produktionsmittel nie möglich wäre.

Diesen Zusammenhang erkennt die heutige Führung in der Sowjetunion deutlicher als je zuvor seit Lenin. «Perestroika», zu deutsch «Umgestaltung», heisst die Losung, die in Richtung sozialistische Demokratie weist. Von «gewaltigen Veränderungen» spricht Michail Gorbatschow in seiner berühmten Rede vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987, und er meint damit «die allseitige Entwicklung der Demokratie und der sozialistischen Selbstverwaltung». «Entwicklung der Demokratie» auf der staatlichen Ebene heisst für ihn «immer aktivere Teilnahme des Volkes an der Lösung aller das Leben des Landes betreffenden Fragen». Im Vordergrund steht die Überwindung des «Formalismus» bei den Wahlen der Sowjets durch die Auswahl unter mehreren Kandidatinnen und Kandidaten.

«Sozialistische Selbstverwaltung» geht vom Grundgedanken aus, «dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt». «Die Wirtschaft», sagt Gorbatschow zu Recht, «ist der entscheidende Lebensbereich der Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produk-



tion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt». Konkret fordert er, dass die Werktätigen ihre leitenden Kader – darunter auch Parteilose – selber wählen und kontrollieren. Die Betriebsversammlungen sollen «mit entscheidenden Vollmachten zu einem weiten Kreis von Produktions-, Sozial- und Kaderfragen» ausgestattet werden, heisst es im Beschluss des ZK-Plenums. «Das ist» nach den Worten Gorbatschows «eine qualitativ völlig neue Situation, ein prinzipiell anderer Charakter der Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion und eine wesentliche Erhöhung der Rolle und Verantwortung des Kollektivs für die Ergebnisse seiner Arbeit». Es ist auch eine «qualitativ völlig neue Situation», wenn der Erste Generalsekretär der KPdSU in seinem Schlusswort auf dem ZK-Plenum sagt: «Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen.»

«Glasnost» lautet die zweite Losung, die soviel wie «Offenheit» im politischen und im ökonomischen Entscheidungsprozess, aber auch «Öffnung» gegenüber Kritik und neuen Ideen ausdrückt. Es soll nach Gorbatschows Rede nicht mehr vorkommen, dass «autoritäre Einschätzungen und Betrachtungen zu unantastbaren Wahrheiten» werden oder zu «Dogmen», «die für eine objektive Analyse keinen Raum lassen». Die «Umgestaltung des geistigen Lebens», die Gorbatschow fordert, schlägt sich bereits in einer zunehmenden Medienfreiheit nieder. «Allmählich verschwinden» sollen «die ,verbotenen Zonen‘ für Kritik und Kontrolle». Schon ist es möglich, durch öffentliche Kritik ökologisch nicht zu verantwortende Projekte wie zum Beispiel die Flussumlenkungen in Sibirien zu verhindern. Gorbatschow verwahrt sich dagegen, «dass Menschen wegen Kritik Verfolgungen ausgesetzt sind und kritische Äusserungen direkt unterdrückt werden». Die Befreiung Sacharows aus der Verbannung und die Entlassung wei-

terer Dissidenten aus den Gefängnissen bekräftigten diesen Willen zu einer repressionsfreien Diskussion, die allein der demokratischen Wahrheitsfindung dienen kann. Ernst ist es Gorbatschow aber auch mit der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit. Insbesondere will er «das Prinzip der Unabhängigkeit der Richter strikt gewahrt» sehen.

Gewiss, sowohl in Gorbatschows Rede vor dem ZK-Plenum als auch in den ZK-Beschlüssen bleibt vieles noch unbestimmt. Was hier entwickelt wird, ist erst einmal eine sozialistische Ethik, die ihre adäquate Struktur aber noch finden muss. Dass die Ethik stimmt, ist keine Frage. Findet diese Ethik ihre Struktur, dann zeigt sich, dass der Sozialismus die höher entwickelte Gesellschaftsform ist als der Kapitalismus, der die arbeitenden Menschen von den Entscheidungen über den Produktionsprozess ausschliesst und dem Kapital die alleinige Verfügungsgewalt über die Betriebe und Unternehmungen zuweist. Nur auf der Grundlage der ökonomischen Demokratie kann auch die unentfremdete politische Demokratie entstehen. Das ist ein langer Weg für ein Land, das «keine bürgerliche Revolution im Leib» (Ernst Bloch) hat. Doch die Auswirkungen dieses Prozesses auf den Sozialismus in Ost und West wären beträchtlich. Das wissen jene, die bislang vom Antikommunismus profitierten. Ihre Sorge um das Feindbild, das so ganz und gar nicht mehr feindlich wirkt, ist begründet.

### «Denuklearisierung»

Der Erfolg des eingeleiteten Reformkurses in der Sowjetunion hängt von der Entspannung zwischen Ost und West ab. Gorbatschow weiss das, darum macht er den USA immer neue Abrüstungsangebote. Die westliche Supermacht scheint das auch zu wissen, darum macht sie ihre Zustimmung von immer neuen Bedingungen abhängig. In einem «Spiegel»-Interview (27. April) beschäftigt sich der Unterstaatssekretär im US-Verteidi-

gungsministerium Richard Perle ganz ungeniert mit der «Frage, ob Entspannung mit der Sowjetunion überhaupt im Interesse des Westens liege». Recht hat er, wenn sein Feindbild weiterhin stimmen soll.

Die Sowjetführung begegnet der Reagan-Administration in der Abrüstungsfrage mit einer Konzession nach der andern. Trotz der Stationierung der Pershing-2-Raketen und der Cruise Missiles in Westeuropa ist die Sowjetunion an den Verhandlungstisch zurückgekehrt. Das Junktim von Reykjavik, über die Mittelstreckenraketen nur zu verhandeln, wenn die USA auf die Militarisierung des Weltraums verzichten, wurde ebenso fallengelassen wie die Forderung, bei diesen Verhandlungen auch die britischen und französischen Atomwaffen mitzuzählen. Am 28. Februar erklärte sich Gorbatschow mit der von Präsident Reagan vorgeschlagenen Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen einverstanden. Kaum hatte der Generalsekretär jedoch die US-Regierung beim Wort genommen, da verlangte diese auch noch eine Nulllösung bei den Kurzstreckenraketen. Gorbatschow gab erneut nach und stellte Verhandlungen über den Abbau auch der Kurzstreckenraketen in Aussicht, obschon die Sowjetunion in dieser Kategorie fast doppelt so viele Raketen besitzt wie der Westen. Das genügt den Nato-Militärs in Washington, Bonn und Brüssel wiederum nicht. Sie werfen jetzt Gorbatschow vor, dass er mit seinen «Denuklearisierungs»-Offerten nichts anderes im Sinn habe, als die sowjetische Überlegenheit in der konventionellen Rüstung gegen den Westen auszuspielen. Da nun aber die Sowjetunion gemäss Gorbatschows Prager Rede vom 10. April bereit ist, auch über die «radikale Reduzierung» der konventionellen Rüstung zu verhandeln, müssen wohl neue Forderungen gesucht werden. Mit Fragen der «Menschenrechte» und der «Krisenherde» von Afghanistan bis Nicaragua könnten die Abrüstungsver-

handlungen wohl am sichersten ins Stokken geraten. In diese Richtung zielte ja schon die Kissinger-Doktrin, die von der Sowjetunion verlangte, dass sie sich durch «Wohlverhalten» eines Rüstungsabkommens erst noch würdig erweisen müsse.

Die Kalten Krieger im Pentagon führen das ständige Nachgeben Gorbatschows auf ihre «Politik der Stärke» zurück. Dass dieses Nachgeben auch mit so etwas wie praktischer Vernunft und Verantwortung für den Weltfrieden zu tun haben könnte, ist ihnen keine ernsthafte Überlegung wert. Dabei werden sie zu Gefangenen der eigenen Politik. Der Beweis ihres Erfolgs wären ja nun doch konkrete Verhandlungsergebnisse. Diese aber wollen sie nicht, weil dadurch die Sowjetunion ihre Reformpolitik verwirklichen könnte. Die «Politik der Stärke» erweist sich somit nicht als die Verhandlungsstrategie, als die sie der Öffentlichkeit präsentiert wurde, sondern als ein Mittel der psychologischen Kriegführung und der ökonomischen Aggression.

Die «Politik der Stärke» setzt eine Dialektik fort, die so alt ist wie der West-Ost-Gegensatz: Die Mängel des real existierenden Sozialismus sind eben nicht nur hausgemacht, sie liegen auch in einem aggressiven Kapitalismus begründet, der die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in Russland und in den europäischen Oststaaten von allem Anfang an bekämpfte und nur in Gestalt eines militärisch gepanzerten, bürokratisch abgesicherten, eben «real existierenden» Sozialismus zuließ, aus machtpolitischen Gründen zulassen musste und aus ideologischen Gründen auch viel eher zulassen konnte als eine sozialistische Demokratie, die so attraktiv wäre, dass durch sie das kapitalistische System in Frage gestellt würde. Der Antikommunismus reproduziert so den Kommunismus, den er haben will.

Die öffentliche Meinung in den westlichen Demokratien kommt dieser negati-



ven Dialektik allmählich auf die Schliche. Laut einer «Spiegel»-Umfrage (27. April) halten von hundert Bürgern der BRD 37 Gorbatschow und nur 15 auch Reagan für «vertrauenswürdig». 44 Prozent vertrauen dem Abrüstungswillen der amerikanischen Regierung, 60 Prozent dem der Sowjetunion. Die Nulllösung bei den Mittelstreckenraketen wird von fast allen Bundesdeutschen, nämlich von 92 Prozent, bejaht. Schwierigkeiten bei Wahlen wären demnach vorprogrammiert, wenn die westliche Führungsmacht weiterhin nicht oder nur zum Schein mit der Sowjetunion über diese Nulllösung verhandeln würde.

Gorbatschow geht nun aber noch den entscheidenden Schritt weiter, dass er bis zum Jahr 2000 alle Atomwaffen abschaffen möchte. Der sowjetische Abrüstungsexperte Wiktor Karpow begründete dieses Ziel gegenüber dem «Spie-

gel» (13. April): «Abrüstung ist doch ein Ideal des Sozialismus. Das ist keine Propaganda, das ist der Ausdruck unseres Wunsches, unser Geld nicht für militärische Zwecke, sondern für das Wohlergehen unseres Volkes auszugeben.» Darauf hält die gegenwärtige US-Administration keine konstruktive, sondern nur noch eine zynische Antwort bereit. Alles, was zum Beispiel ein Richard Perle im erwähnten Interview dazu sagen kann, ist, dass den «Sowjets» nicht zu trauen sei. «Ein solches Abkommen würden sie sicherlich verletzen und ein paar Atomwaffen zurückbehalten.» Angesichts von soviel Projektion an Unmoral und praktischer Unvernunft auf das Feindbild, das für diesen Antikommunismus offenbar unvermeidlich und identitätsstiftend ist, kann ich nur noch mit Wolf Biermanns Oma Meume beten: «Lieber Gott, lass doch den Kommunismus siegen!»

## AUS UNSEREN VEREINIGUNGEN

### Leserinnen- und Lesertreffen der «Neuen Wege» in Buchs (SG)

Am 25. April fand in Buchs erstmals ein regionales Treffen von Leserinnen und Lesern der «Neuen Wege» (NW) statt. Unter der Schar der Anwesenden befanden sich Leute aus dem Werdenberg, dem Bündner Rheintal sowie aus dem Fürstentum Liechtenstein.

Der Anstoss zu dieser Zusammenkunft ging von der Überlegung aus, dass das Verharren in blosser Anonymität auf die Dauer kaum vereinbar sei mit den tragenden Ideen um die NW, welche auf einem anderen Religions- und Kirchenverständnis als dem (vor)herrschenden basieren. Dass dieses Treffen überhaupt zustande kam, ist der Initiative von Richard Schwendener aus Sevelen zu verdanken.

Nach einigen Begrüßungsworten durch Richard Schwendener wandte sich Willy Spieler aus Küsnacht, seit bald zehn Jahren Redaktor der NW, an die Anwesenden. In kurzen Zügen erläuterte er die Funktion der NW. Spieler betonte, die NW seien weder konfessionell noch politisch auf eine bestimmte Richtung fixiert. Während Leonhard Ragaz, der die Zeitschrift 1906 mitbegründete, der

evangelischen Kirche angehört habe, sei er selbst Katholik. Doch sowohl er wie auch Ragaz hätten eine gewisse Distanz zur eigenen Kirche. Für Ragaz sei ohnehin nicht die Kirche, sondern das «Reich Gottes» zentral gewesen, von dessen Herannahen Ragaz ein Absterben der Kirche als Institution erwartete. Auch Leuten gegenüber, die sich nicht ausdrücklich als Christen verstünden, wollen die NW offen sein. Ähnlich verhalte es sich in politischer Hinsicht: Die NW stünden nämlich dem gesamten linken Spektrum offen. So sei auch Ragaz langjähriges SP-Mitglied gewesen, habe sich dann aber gegen Ende seines Lebens nach dem Bruch mit der SP der PdA angenähert.

Die Idee von regionalen Leserinnen- und Lesertreffen begrüßte Spieler. Auch in Freiburg und im Aargau seien derzeit ähnliche Bestrebungen im Gange, während bisher sich derartige Aktivitäten einzig auf den Raum Zürich beschränkt hätten. Zuschriften über solche regionalen Aktivitäten an die NW seien übrigens sehr erwünscht. – Im weiteren wies Spieler darauf hin, dass die Autoren der NW daran interessiert seien, mit den Leserinnen und Lesern ins Gespräch zu kommen. Es bestehe also durchaus die Möglichkeit, einmal einen Autor zu einem derartigen Treffen einzuladen, um einen bestimmten Artikel vertieft diskutieren zu können.